

Sprechzettel  
der Ministerin für Schule und Weiterbildung  
des Landes Nordrhein-Westfalen,  
Sylvia Löhrmann,  
zur Schuljahres-Auftakt-Presskonferenz  
am 27. August 2010

Anrede,

die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen steht vor zwei zentralen Herausforderungen: Wir müssen die Bildungs- und damit Lebenschancen aller Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft verbessern, und wir brauchen bessere Leistungen unseres Schulsystems in der Spitze wie in der Breite. Wir wollen, dass mehr Kinder mehr lernen.

Internationale Studien zeigen: Wir müssen besser werden! Dazu brauchen wir ein leistungsgerechteres Schulsystem, das alle Kinder und Jugendlichen individuell fördert, denn es kommt immer mehr auf jedes einzelne Kind an. Und: Ihr Schulerfolg darf nicht länger vom Geldbeutel und der sozialen Herkunft der Eltern abhängen.

Wir müssen auch im Schulbereich die schrumpfende Gesellschaft im Blick haben: Wir brauchen mehr Jugendliche mit besseren Bildungsabschlüssen, um etwa dem Fachkräftemangel zu begegnen. Das ist wichtig, um den Standort Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig zu machen.

Auch, wenn es für das am Montag beginnende Schuljahr keine konkreten Änderungen gibt, haben wir klare Ziele. Wichtig ist uns dabei, dass unsere Reformen ruhig, planvoll und nachhaltig angelegt sind.

Wir betreiben keinen Aktionismus, sondern wir wollen verlässlich und zielorientiert an den Herausforderungen arbeiten.

Anrede,

zur Schuljahrespressekonferenz ist es Tradition, die wichtigsten Zahlen zum neuen Schuljahr vorzustellen. Das tue ich natürlich gerne. Außerdem möchte ich Ihnen eines unserer zentralen Vorhaben im Bildungsbereich – die NRW-Gemeinschaftsschule – näher erläutern.

Zunächst ein kurzer Überblick zu den Zahlen, die Sie auch in Ihren Unterlagen finden.

## I. Wichtige Zahlen und Daten

Im jetzt kommenden Schuljahr gibt es insgesamt **2.767.040** Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen. Das sind rund **32.000** oder 1,2 Prozent weniger als im Schuljahr 2009/2010. Die Zahl der Erstklässler liegt bei **158.460** Kindern. Im Vergleich zum Vorjahr sind das **8.212** oder 4,9 Prozent weniger. Dieser Rückgang ist teilweise darauf zurückzuführen, dass im Schuljahr 2009/10 durch das Vorziehen des Einschulungsalters 13 Geburtsmonate eingeschult wurden. Im kommenden Schuljahr sind es wieder 12 Geburtsmonate.

Die durchschnittlichen Klassengrößen sind im Vergleich der letzten Jahre nahezu unverändert. Sie liegen an der Gesamtschule mit 28 genau auf dem vorgegebenen Richtwert, an den anderen Schulformen darunter:

- Grundschule: 23,2 (Richtwert: 24)
- Hauptschule: 21,6 (Richtwert: 24)
- Realschule: 27,7 (Richtwert: 28)
- Gymnasium: 27,8 (Richtwert: 28)
- Gesamtschule: 28,0 (Richtwert: 28)

Im gesamten Jahr 2010 wurden bisher **6.580** Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt. **674** Stellen sind derzeit nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens noch nicht besetzt, können allerdings wieder ausgeschrieben werden. Damit liegt die Quote der unbesetzten Lehrerstellen bei einer Gesamtstellenzahl von **152.762** bei 0,4 Prozent. Bei dem zurzeit bestehenden schulformbezogenen, regionalen und fachspezifischen Bewerbermangel stellt dies ein gutes Ergebnis im Lehrereinstellungsverfahren dar.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich allen Beteiligten in der öffentlichen Verwaltung Danke sagen, die zu diesem guten Ergebnis beigetragen haben.

Die Übergangsquoten in den 5. Jahrgang sind 2009 im Vergleich zum Vorjahr an der Hauptschule deutlich gesunken (von 14,5 auf **13,3** Prozent). Während die Gymnasien einen nahezu unveränderten Anteil von Schülerinnen und Schülern eines Grundschuljahrgangs in die fünfte Klasse aufnehmen (statt 38,6 nun **38,7** Prozent), sind die Quoten an Realschule und Gesamtschule gestiegen: an der Realschule von 28,4 auf **29** Prozent, an der Gesamtschule von 17,8 auf **18,2** Prozent.

Die Schülerzahlen werden auch in den nächsten Jahren weiter zurückgehen. Ich freue mich, Ihnen sagen zu können: Die daraus entstehenden demografischen Effekte bleiben im System Schule. Das ist eine erhebliche Ressource, um wichtige Herausforderungen, wie den Ganzttag und die Entwicklung zur inklusiven Schule voran zu treiben. Das haben wir auf der Grundlage des Koalitionsvertrages in dieser Woche in der Kabinettklausur ausdrücklich bekräftigt. Wir wissen: Investitionen in Bildung sind Zukunftsinvestitionen.

Trotz der Hauptschuloffensive der Vorgängerregierung ist die Hauptschule die Schulform, die prozentual die Hauptlast des

gesamten Rückgangs der Schülerzahlen trägt. Das liegt nicht an der Arbeit in den Hauptschulen – die ist und bleibt ausgesprochen gut und hoch engagiert. Die Kolleginnen und Kollegen geben ihr Bestes für ihre Schülerinnen und Schüler.

Eltern sehen aber für ihre Kinder in der Hauptschule keine oder zu wenig Perspektiven. Immer weniger Eltern entscheiden sich, ihre Kinder an einer Hauptschule anzumelden: Die Übergangsquoten von der Grundschule in die Hauptschule sind seit 2005 bis 2009 sogar von 16,2 auf 13,3 Prozent gesunken, während sie an anderen Schulformen steigen.

Für die Gesamtschule gilt, dass in den vergangenen Jahren tausende Schülerinnen und Schüler aus Kapazitätsgründen abgelehnt werden mussten. So konnten zum Schuljahr 2009/10 knapp 12.900 Anmeldungen nicht berücksichtigt werden. Die Zahl zeigt, dass immer mehr Eltern für ihre Kinder möglichst lange die Chance auf einen höheren Bildungsabschluss offen halten wollen. Mit unserem Modell der Gemeinschaftsschule möchten wir diese Chance auf höhere Bildungsabschlüsse möglichst vielen Kindern eröffnen. Im Unterschied zu Gesamtschulen, die als Schule neu gegründet werden, ermöglicht die Gemeinschaftsschule dieses Ziel durch das Zusammenwachsen bereits bestehender Schulformen vor Ort.

## **II. Die Gemeinschaftsschule**

Die NRW-Gemeinschaftsschule ist die ideale Antwort auf das veränderte Wahlverhalten der Eltern und den demografischen Wandel. Wenn wir nichts tun, droht ein massives Schulsterben. Gerade im ländlichen Raum geht es oft um die letzte weiterführende Schule am Ort.

Dabei wissen die Bürgermeister und Kommunalpolitiker ganz genau: Eine gute Schule ist ein wichtiger Standortfaktor – für Familien und für Unternehmen.

Die Gemeinschaftsschule bietet ein qualitativ hochwertiges und wohnortnahes Schulangebot. Wir brauchen eine Schule, die zusammenwächst und die alle weiterführenden Bildungsangebote in sich vereint, also explizit und ausdrücklich eine Schule auch mit gymnasialen Standards. In der neuen Gemeinschaftsschule wird in den Klassen 5 und 6 gemeinsam gelernt. Wie es danach weitergeht, entscheidet die Schule mit allen Beteiligten: Entweder wird integriert bis zum Ende der Klasse 10 gelernt oder die Schulformen werden ab Klasse 7 oder später durch verschiedene Zweige abgebildet.

Für die Grundschule in NRW ändert sich nichts. Sie bleibt unangetastet bei vier Jahren.

Wir verstehen die Gemeinschaftsschule als ein Angebot für die Eltern und ihre Kinder, weil sie ein gutes, umfassendes Schulangebot wünschen, das möglichst wohnortnah sein soll. Vielen Eltern ist zudem wichtig, dass sie bereits bei der Anmeldung ihres Kindes an der Gemeinschaftsschule wissen, wo ihr Kind später das Abitur machen kann. Deshalb ist es so wichtig, dass jede Gemeinschaftsschule verbindlich mit einer Schule der Sekundarstufe II kooperiert. Natürlich kann sie auch eine eigene Oberstufe anbieten.

Wie bisher auch wird innerhalb der landesgesetzlichen Vorgaben in den Kommunen über das konkrete Schulangebot entschieden. Dabei lassen wir den Entscheidern bewusst Spielräume. Entscheidend sind schlüssige pädagogische Konzepte. Natürlich hat die Landesregierung dabei als staatlich verantwortliche Ebene auch weiterhin die Aufgabe, Standards zu setzen und die Vergleichbarkeit

der Ergebnisse durch Inspektionen und Qualitätssicherung zu gewährleisten.

Und ich wiederhole es gern und ausdrücklich: Wir schließen von Landesseite keine Schule und schaffen auch keine Schulform ab!

Das Angebot für die Gemeinschaftsschule ist für viele Kommunen offensichtlich sehr attraktiv. Pionier wird die Profilschule Ascheberg im Münsterland sein.

Mit Bürgermeister Dr. Risthaus hatte ich einen konstruktiven Austausch, und ich gehe davon aus, zeitnah grünes Licht für den Start dieser Schule der Zukunft geben zu können. Dann kann sie im Sommer nächsten Jahres starten. Mit der Genehmigung werden die Kriterien zur Gründung von Gemeinschaftsschulen im Rahmen des § 25 Schulgesetz festgelegt.

Aufgrund etlicher Interessenbekundungen anderer Kommunen bin ich zuversichtlich, dass wir im Herbst weitere Genehmigungen von Gemeinschaftsschulen auf den Weg bringen können.

### **III. Schulzeitverkürzung**

Den vielfach geäußerten Wunsch, wieder zu einer längeren Schulzeit bis zum Abitur zu kommen, werden wir auf freiwilliger Basis ermöglichen. Dazu sollen Gymnasien bis zum Anmeldetermin im nächsten Jahr einmalig entscheiden können, ob sie zur neunjährigen Schulzeit zurückkehren möchten oder beim achtjährigen Bildungsgang zu bleiben. Für die Eltern bedeutet dies, dass sie zur Anmeldung für das Schuljahr 2011/2012 Planungssicherheit haben.

#### **IV. Bildungskonferenz**

Ich habe in den vergangenen Monaten immer wieder betont, dass wir für Veränderungen an der Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen auch auf Landesebene den größtmöglichen Konsens mit allen Beteiligten suchen. Dazu habe ich gemeinsam mit der Ministerpräsidentin für den 23. September zu einer Bildungskonferenz eingeladen. Unser Ziel ist es, mit allen im Landtag vertretenen Parteien, den kommunalen Spitzenverbänden, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, der Kirchen, Lehrer- und Elternverbänden, Vertretern der Schülerinnen und Schüler, Sozialpartnern (Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Kammern) und Vertretern der Wissenschaft unser Bildungssystem in NRW gerechter und leistungsfähiger zu gestalten.

Ich bin zuversichtlich, dass uns dies gelingen kann, denn es gibt in der Bildungspolitik mehr gemeinsame Grundüberzeugungen, als viele denken: Die Verbesserung der Qualität von Unterricht und damit die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Der weitere Ganztagsausbau, die Inklusion oder die Sprachförderung sind weitere Gemeinsamkeiten. Dazu hat die Vorgängerregierung Projekte auf den Weg gebracht, die wir weiterführen werden, so wie auch Schwarz-Gelb Projekte weitergeführt hat, die vor 2005 schon von Rot-Grün begonnen wurden.

Gemeinsamkeiten, natürlich auch bislang noch Trennendes wollen wir am 23. September im Schulministerium diskutieren. Dabei wird das Themenspektrum abgesteckt und der weitere Arbeitsprozess strukturiert und verabredet.

Ziel der Einladung zu dieser Bildungskonferenz ist es, im Gespräch einen breiten Konsens zu erreichen, der kluge Lösungen für die Verbesserung unseres Schulsystems erarbeitet. Ich glaube, die Menschen in Nordrhein-Westfalen zollten uns größten Respekt, wenn es uns parteiübergreifend gelänge, in diesem wichtigen Punkt eine sachorientierte Debatte statt ideologischer Grabenkämpfe zu führen.

Das wird meinen Ansatz, nachhaltige Entwicklungsprozesse anzulegen, stärken und wäre ein Signal für die Verlässlichkeit der Schulpolitik in NRW.